

Die Rede der Grünen zum Haushalt der Stadt Steinheim für das Jahr 2026

Liebe Steinheimer:innen, werte Kolleg:innen, hochgeschätzte Vertreter:innen der Verwaltung,

bei mir klingt DIE zentrale Verheißung des Advents, der ja noch nicht so lange hinter uns liegt, immer noch und immer wieder bei der Bewertung des Haushalts der Stadt Steinheim nach:“ Das Volk, das im Dunkel lebt, sieht ein helles Licht; über denen, die im Land der Finsternis wohnen, strahlt ein Licht auf.“ (Jes. 9, 1) Und ja, ich würde es so gerne 1:1 auf die Lektüre und Bewertung unseres aktuellen Haushalts übertragen. Einiges – leider nicht alles - lässt sich ganz gut übertragen.

Die kommunalen Verantwortungsträger – Gemeinderäte und Verwaltung – könnte man getrost mit jenem Volk vergleichen, das mit seinem kommunalen Haushalt im Dunkel lebt, ja, das mit seinem kommunalen Haushalt im Land der Finsternis wohnt. Die wesentlichen Eckdaten unseres vorliegenden Haushalts zeichnen sich dadurch aus, dass sie ein bedrohlich dunkles Bild von der aktuellen Haushaltssituation unserer Stadt zeichnen: Die ordentlichen Erträge steigen demnach zwar im kommenden Haushaltsjahr um fast genau 2 Millionen Euro. In vormaligen Haushaltsepochen wäre das ein guter Grund gewesen, sofort die Sektkorken knallen und es mal so richtig krachen zu lassen, sprich einen Wettkampf um die beste Verwendung von 2 Millionen Euro zu eröffnen.

Doch, leider, leider, taugt die für 2026 prognostizierte Verbesserung der ordentlichen Erträge auch in diesem Jahr nicht als das helle, strahlende Licht am Horizont unseres Haushalts. Die bitter-schmerzhaft Wahrheit wird uns in aller Schonungslosigkeit nur zwei Seiten später im Haushaltsplan präsentiert: Unsere Aufwendungen übersteigen unsere Erträge deutlich, in Zahlen: um 2,679 Mio € - oder anders ausgedrückt, wir starten mit einem nicht unerheblichen negativen Gesamtergebnis, mit einem deftigen Defizit, mit einem dicken Minus in das Haushaltsjahr 2026. Mit anderen Worten: Unser Haushalt ist nicht ausgeglichen, wie das kommunale Haushaltsrecht uns das eigentlich vorschreibt. Wir tun dies nicht zum ersten Mal – und wenn man in die Finanzplanung schaut, wird das Minus in den nächsten Jahren nicht kleiner, sondern noch größer. Wir sind geneigt zu sagen, dass das Minus im Haushalt das neue Normal wird. In diesem Jahr können wir noch fragen:“ By the way ... Same procedure as last year?“ Beim Blick auf die Finanzplanung für die nächsten 3 Jahre müssen wir uns

offenbar an die Antwort gewöhnen:“ Same procedure as every year.“ Nein, so wie das aussieht, leuchtet uns von daher kein Licht für unseren Haushalt auf. Auch kein kleines Licht am Ende des Tunnels.

Dabei können wir in Steinheim als Gemeinderat und als Verwaltung aus unserer Sicht schon mit Fug und Recht sagen, dass wir unsere Hausaufgaben auch in diesem Jahr nach bestem Wissen und Gewissen gemacht haben. Auch in diesem Jahr haben wir in unzähligen Sitzungen alles daran gesetzt, bei unseren Ausgaben und Aufwendungen alle erdenklichen Einsparpotenziale aufzuspüren und in den Haushalt einzuarbeiten. Wir können sagen, dass da wohl nicht mehr viel geht, dass die Zitrone mehr als ausgepresst ist, dass die Schale – um im Bild zu bleiben – auch nichts mehr hergibt, es sei denn, wir canceln kommunale Einrichtungen, die zwar nicht zu unseren Pflichtaufgaben gehören, die aber für die Lebensqualität ganz unterschiedlicher Schichten unserer Bürgerschaft eine entscheidende, wir sagen eine unverzichtbare, Rolle spielen. Nur beispielhaft nennen wir hier unser Wellarium, unsere Sport- und Spielplätze, unsere Musikschule, unsere Museen. Natürlich müssen wir auch diese Einrichtungen einer strengen Kosten-Nutzen-Analyse unterziehen. Aber für uns Grüne gilt weiterhin: Wir stehen zu diesen Einrichtungen.

Zu unseren Hausaufgaben als Gemeinderäte und Verwaltung gehören aber nicht nur, unsere Ausgaben und Aufwendungen zu disziplinieren, sondern auch danach zu schauen, ob und wie wir unsere Einnahmen so verbessern, dass das Minus so im Rahmen gehalten werden kann, damit wir am Ende nicht nur unserer Genehmigungsbehörde einen genehmigungsfähigen Haushalt vorweisen können, sondern auch selbst als Stadt Steinheim noch handlungsfähig bleiben. Deshalb haben wir einige Gebühren- und Steuerarten dieser speziellen Situation geschuldet angepasst, also erhöht. Das ist die deutlich schwierigere Übung, denn mit höheren Gebühren und Steuern kann man sich keine Freunde machen. Deshalb war uns Grünen wichtig, dass diese sozialverträglich sind und keine Gruppe grundsätzlich von diesem Prozess ausgenommen wird. Dann kann man zumindest auf ein gewisses Verständnis, auf eine gewisse Akzeptanz in der Bürgerschaft hoffen. Von daher war es für uns Grüne völlig unverständlich, dass die Mehrheit des Gemeinderats der maßvollen Anpassung der Gewerbesteuer im November letzten Jahres ihre Zustimmung verweigert hat. Es hätte uns ein Mehr an Handlungsoptionen von ca 180.000€ und den 409 Gewerbesteuerpflichtigen eine rechnerisch durchschnittliche Mehrbelastung von 440 € pro Jahr gebracht, was für uns alles in allem vertretbar und auch verkraftbar erschien. Uns fehlt das Verständnis, nicht die Phantasie, warum diese Gruppe keinen Beitrag für eine verbesserte Handlungsfähigkeit unserer Stadt aufbringen sollte, andere Gruppen dagegen aber schon. Einfach unverständlich. Immer noch.

Am Ende aller Anstrengungen, die Ausgaben auf das Nötigste zu drosseln und die Einnahmen zu verbessern, steht kein Plus, keine schwarze Null, sondern das schon bekannte und viel zitierte dicke Minus von 2,679Mio € beim Gesamtergebnis. Das können und wollen wir nicht schönreden. Nein, das ist nicht schön, das ist nicht gut, das ist im Grunde auch nicht gesetzeskonform. Und trotzdem können wir so einigermaßen mit unseren Anstrengungen zufrieden sein, denn am Ende kommt es darauf an, dass wir damit auch nachweisen können, vieles oder sogar alles Erdenkliche dafür getan zu haben, dass unser Haushalt 2026 vor den gestrengen Augen der Kommunalaufsicht bestehen kann und für genehmigungsfähig erachtet wird.

Und natürlich ist Steinheim mit dieser Haushaltsmisere auch nicht das einzige schwarze Schaf in der kommunalen Familie. Diese besteht – in diesem Bild gesprochen – inzwischen ja sowieso fast ohnehin nur noch aus schwarzen Schafen. In anderen Worten: Um die 90% aller Kommunen in Baden-Württemberg sind schon im letzten Jahr mit einem Haushaltsdefizit ins Haushaltsjahr gestartet. Aktuellere Zahlen haben wir noch nicht gefunden. Aber man muss auch kein großer Prophet für die Vermutung sein, dass sich die Haushaltsmisere bei den Kommunen allgemein noch verschärft hat, die Zahl der schwarzen Schafe eher noch zugenommen hat.

Diese Misere hat im Wesentlichen ihre Ursache nicht in einer flächendeckenden Unfähigkeit der kommunalen Entscheidungsträger beim Umgang mit ihren Finanzen, sondern darin, dass die aktuellen Finanzbeziehungen bzw Finanzströme so strukturiert sind, dass die Letzten – in dem Fall die kommunale Familie, also Gemeinden und Landkreise – die Hunde beißen. Letztendlich landen die Kostensteigerungen etwa im Sozialbereich, beim Bundesteilhabegesetz, bei den Kliniken, bei der Abfallbeseitigung – um nur einige wenige Beispiele zu nennen – über bestimmte Umlagen auch bei uns, - bei den Landkreisen und den Gemeinden. Bevor sich an dieser strukturellen Schiefelage nichts ändert, wird sich an der Haushaltsmisere der kommunalen Familie nichts ändern, auch unser Anteil am Sondervermögen des Bundes für Infrastruktur und Klimaneutralität in Höhe von insgesamt 7,899 Mio € für die nächsten zwölf Jahre nicht, denn den können wir ja ausschließlich für neue Investitionen einsetzen. Mit allen kommunalen Spitzenverbänden stimmen wir in der Forderung nach einer kommunalgerechten Umstrukturierung der Finanzbeziehungen in unserem Staat und der Einführung eines 100%igen Konnexitätsprinzips überein. Wer bestellt, der bezahlt, das darf nicht nur zum Teil, das muss komplett umgesetzt werden. Wir nennen ein wichtiges Beispiel: Wer einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule zum Gesetz macht, soll auch für die Kosten aufkommen. Und zwar für alle. Kaputte Kommunen sind ein Bären dienst für unsere Demokratie.

Der Haushalt 2026 hat aber nicht nur eine bittere, eine strenge Diät anzubieten, sondern ganz im Gegenteil auch ein sehr anspruchsvolles Investitionsmenü. Wir werden für dieses Jahr und für kommende Jahre eigentlich ungeheuer große Summen bereitstellen, sei es für den Neubau des Rathauses, für die Sanierung des historischen Rathauses, für das Lammareal, für die Umwandlung unserer Kelter in ein Kulturzentrum und noch viel mehr für die notwendige Weiterentwicklung unserer hiesigen Bildungslandschaft. Eigentlich atemberaubend hohe Summen für Steinheim. Auch wenn unsere Verwaltung eine enorme Kreativität entwickelt hat, spezielle, passende Fördertöpfe ausfindig zu machen: Eine ganze Menge bleibt bei uns hängen. Und zwar so, dass wir mit all den Krediten, die wir dafür aufnehmen müssen, im Jahr 2029 prognostizierte Zinsbelastungen von über 1,3 Mio € und Tilgungslasten von über 1,4 Mio € aufbringen müssen. Es könnte einem dabei schwindelig werden.

Wir sind uns unserer Verantwortung für Steinheim bewusst. Wir wollen, nein wir müssen, in die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt investieren und können damit nicht warten, bis die wirtschaftlichen Zeiten für uns Kommunen besser werden. Der Blick auch in unsere Finanzplanung sagt: Das werden sie auf absehbare Zeit nicht. Wir können mit den geplanten Neu- oder Umbauprojekten nicht warten, bis uns z.B. die Blankensteinhalle buchstäblich auseinanderfällt oder bis uns unsere Schullandschaft aus allen Nähten platzt. Da sind wir ja sowieso mehr oder weniger kurz davor. Nein, jetzt ist die Zeit zu handeln. Ja, das werden haushaltspolitisch die anstrengendsten, die herausforderndsten Jahre unserer Amtszeit. Aber ich habe die Zuversicht, so wie ich uns alle kennengelernt habe, dass wir diese Herkulesarbeit zusammen hibekommen werden zum Wohl unserer Stadt.

Obwohl wir als Gemeinderat in Baden-Württemberg im juristischen Sinne kein Parlament sind, sondern – warum auch immer – rechtlich zur Exekutive gezählt werden, werden wir dennoch heute das Königsrecht aller Parlamente, nämlich das Budgetrecht, ausüben. Der Gemeinderat berät und beschließt den Haushalt. Für uns Grüne heißt das, wir werden Anträge zum Haushalt einbringen, die nach unserer Überzeugung den Haushalt der Stadt Steinheim noch besser oder noch stabiler machen. Genau dafür wurden wir als Gemeinderäte gewählt.

Mit unserem ersten Antrag wollen wir unseren Haushalt sozialpolitisch besser und gerechter machen. In den letzten Monaten wurde die sogenannte „Sozialstaffelung“ der Elternbeiträge bei den Kitagebühren vielfach bei uns und mit großem Engagement in der Elternschaft diskutiert. Grundsätzlich verlangt der § 90 Abs. 3 SGB VIII eine Staffelung der Elternbeiträge. Die Verwaltung legte uns im November eine Staffelung zum Beschluss vor, der am bisherigen System der Staffelung nach kindergeldberechtigten Kindern festhielt, aber nur

noch die kindergeldberechtigten Kinder einbeziehen sollte, die in städtischen Einrichtungen betreut werden und der die Spalte 4 canceln sollte, was zusammengenommen auch nebenbei zu 210.000€ Mehreinnahmen für die Stadt führen sollte. Es wurde damals noch kein Beschluss gefasst.

Damals wie heute wollen wir Grünen das, was wir seit unserem erstmaligen Einzug in den Steinheimer Gemeinderat wollen, nämlich ein komplett anderes System bei der sogenannten „Sozialstaffelung“. In dem oben genannten Paragraphen des SGB VIII heißt es wörtlich u.a.:“ Als Kriterien für die Staffelung können insbesondere das Einkommen der Eltern, die Anzahl der kindergeldberechtigten Kinder in der Familie und die tägliche Betreuungszeit des Kindes berücksichtigt werden ... Darüber hinaus können weitere Kriterien berücksichtigt werden“. Es war und ist hier in dieser Runde kein großes Geheimnis, für welches Staffelnungskriterium wir Grüne uns (wie gesagt schon immer) entschieden haben und welches wir hiermit auch beantragen: Die Staffelung der Kostenbeiträge nach dem Einkommen der Eltern. Auf einen Nenner gebracht heißt das: Wer über ein großes Familieneinkommen verfügt, soll einen höheren Kostenbeitrag entrichten und der, der über ein geringes Familieneinkommen verfügt, einen niedrigeren. Das halten wir Grüne für die beste Sozialstaffel, weil sie den unterschiedlichen Vermögen am gerechtesten wird. Deshalb beantragen wir heute diesen Systemwechsel.

Immer wieder wurde uns gesagt, dass das schön und gut ist, aber nirgends richtig funktioniert. Stimmt nicht. Die Schäferstadt Markgröningen zeigt uns, dass das und wie das funktioniert. Sie hat für die Ermittlung der Kostenbeiträge das Bruttofamilieneinkommen in 5 Kategorien eingeteilt. Dazu führen sie bei den Eltern eine Einkommensabfrage durch, bei der die Eltern einen echten, schriftlichen Nachweis vorlegen müssen. Dieses Markgröninger Modell basiert auf echten Fakten, nicht auf einer Selbsteinschätzung. Wer also eine Ermäßigungsstufe haben will, muss entweder eine Lohnbescheinigung, einen Einkommensbescheid oder einen Nachweis für den Bezug von Wohngeld, Bürgergeld, Grundsicherung oder Ähnliches mit einreichen. Zusätzlich gibt es eine weitere Staffelung nach der Zahl der kindergeldberechtigten Kinder. Das kann man gerne auch alles auf der Homepage von Markgröningen nachschauen. Wir haben uns zusätzlich auch noch direkt telefonisch bei den dortigen Verantwortlichen informiert. Einen gewissen verwaltungstechnischen Mehraufwand, vor allem in der Umstellungsphase, stellen wir nicht in Abrede. Entscheidend ist, ob man es will oder nicht. Wir Grünen wollen es. **Weil also für uns die einkommensabhängige Sozialstaffel die sozialste und gerechteste Staffel ist und - wie Markgröningen zeigt - auch machbar für eine vergleichsweise ähnlich aufgestellte Verwaltung ist, beantragen wir, diese für das nächste Kindergartenjahr in Steinheim einzuführen.** Sie sollte so

ausgestaltet werden, dass sie für unseren Haushalt in etwa denselben Deckungsgrad erreicht wie die uns im November von der Verwaltung vorgelegte Staffel.

Bei jeder Haushaltsdebatte haben wir Grünen in den letzten Jahren das Defizit an bezahlbarem Wohnraum thematisiert. Für den Landkreis Ludwigsburg hat das Pestel-Institut ein Gesamtwohnungsdefizit von 8800 Wohnungen festgestellt. Für Steinheim würde das – unsere Einwohnerzahl mit der des Landkreises ins Verhältnis gesetzt – 202 Wohnungen ergeben. Kein Wunder, dass Wohnen in unserem Land, aber auch in unserer Stadt, immer mehr zu einem Luxusgut wird. Hier entwickelt sich ein sozialer Sprengstoff, den wir nicht ignorieren dürfen. Der Markt wird es nicht richten, nicht von allein. So viel ist klar. Die öffentliche Hand war viel zu lange passiv oder hat zu lange mit ineffektiven Instrumenten operiert. Wir sind als Stadt Steinheim ein Teil der öffentlichen Hand und haben eine Verantwortung für die Daseinsvorsorge. Für unsere Stadt sehen wir momentan zwei Möglichkeiten. Wir können erstens überall da, wo wir auf unseren eigenen Grundstücken keinen privaten Bauträger für bezahlbaren Wohnraum finden, die Expertise und die Kooperation mit der landkreisweiten Bürgergenossenschaft Wohnen suchen. Und wir können zweitens, wie es uns andere Kommunen wie z.B. Immendingen schon erfolgreich vormachen, eine sogenannte städtische Leerstandsbörse aufbauen, auf der Vermieter ihre leerstehende Wohnung einstellen können und Mieter sich nach einer geeigneten Wohnung umschauen können. Eine solche Leerstandsbörse könnte den Wohnungsdruck in Steinheim abmildern. Im Landkreis Ludwigsburg stehen laut Pestel-Institut insgesamt 5.500 Wohnungen seit über einem Jahr leer, auf Steinheim übertragen wären das rechnerisch über 100 Wohnungen. **Um dieses Potenzial anzugehen, beantragen wir den Aufbau einer solchen Leerstandsbörse.**

Steinheim ist beim Klimaschutz eine ziemlich standhafte Gemeinde. Klimaschutz ist kein Luxus, Klimaschutz schützt Leben und Gesundheit. Kein Klimaschutz bedroht Leben und Gesundheit. Wir können Teil der Lösung oder Teil des Problems sein. Steinheims Entscheidung dabei steht: Wir haben uns politisch das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2035 klimaneutral zu werden. Und wir tun eine ganze Menge dafür, um dieses Ziel tatsächlich auch zu erreichen, sei es mit dem Aufbau und der Weiterentwicklung des kommunalen Wärmenetzes, sei es mit der kommunalen Wärmeplanung oder mit unserem „Energiepolitischen Arbeitsprogramm“.

Unser aktuelles „Energiepolitisches Arbeitsprogramm“ hat eine Laufzeit bis zum Jahr 2028. Mit den darin enthaltenen 38 konkreten Maßnahmen wollen wir unserem großen Ziel – Steinheim klimaneutral – in dieser Zeit ein gutes Stück

näher kommen. Mit unseren nachfolgenden Anträgen wollen wir Grüne unseren Haushalt noch ökologischer machen und manche Maßnahmen des „Energiepolitischen Arbeitsprogramms“, die in diesem Haushalt noch nicht adäquat abgebildet sind, ins Bewusstsein zurückrufen und sie somit voranbringen.

Wir beantragen Mittel in Höhe von 20.000€ in den Haushalt einzusetzen, um die Maßnahme 9 – Radnetz – weiter umzusetzen. Damit könnten wir z.B. die Sicherheitslücke für die Radfahrer, die aus Richtung Murr/Kaufland kommen und am Wellarium die Höpfigheimer Straße überqueren, schließen.

Wir beantragen Mittel in Höhe von 10.000€ in den Haushalt einzustellen, um die Maßnahme 21 – Prüfung Parkraumbewirtschaftung – umzusetzen.

Wir beantragen Mittel in Höhe von 20.000€ im Haushalt bereitzustellen, um die Maßnahme 23 – Fußverkehr – voranzubringen. In diesem Zusammenhang erlauben wir uns die Anmerkung, dass unser Fußwegenetz noch nicht durchgängig barrierefrei ist.

Äußerst gespannt sind wir darauf, wie sich die Maßnahme 24 – Begleitung Bottwartalbahn – entwickelt. Da soll ja eigentlich bis April die „Standardisierte Bewertung“ vorliegen. Wir gehen fest davon aus, dass sie positiv ausfallen wird und möglicherweise noch in diesem Jahr Mittel für weitere Planungen benötigt werden. Da haben wir aber nichts im Entwurf des Haushaltsplans gefunden ...

Mit unseren Anträgen, die tatsächlich bisher einen gewissen zusätzlichen Aufwand bedeuten, wollen wir, wie sie es von uns seit vielen Jahren kennen, das veranschlagte Gesamtergebnis nicht noch weiter verschlechtern. Wir haben nach weiteren Einnahmeverbesserungen und nach weiteren Einsparungen bei unseren Aufwendungen gesucht und sind tatsächlich auch fündig geworden. Wir erwarten von der Verwaltung, dass sie zum Ende dieses Jahres einen neuen Anlauf nimmt zu einer wie bereits im November vorgeschlagenen moderaten Anhebung der Gewerbesteuer, sowie zu einer Verbesserung der Einnahmen aus der Vergnügungssteuer, die z.B. auf die Einnahmen aus gewerblichen Geldspielgeräten fällig wird. Die wurde im vergangenen November kurioserweise ganz außen vorgelassen. Dann erwarten wir im Laufe des Jahres auch eine Vorlage zur Einführung der Grundsteuer C. Diese kann von den Kommunen seit dem 1.1.2025 auf unbebaute, aber baureife Grundstücke erhoben werden, mit deutlich höheren Sätzen als bei der Grundsteuer B. Das Ziel der Grundsteuer C liegt eigentlich in ihrer Vermeidung, also darin einen Anreiz zur Bebauung des Grundstücks zu entfalten. Wenn das gelingt, ist das gut für die Schaffung neuen Wohnraums ohne weitere großflächige Versiegelung. Wenn es nicht gelingt, ergeben sich dadurch höhere Einnahmen für unseren

Haushalt. Wir wären nicht die ersten, die das einführen. Tübingen, Wendlingen und Merdingen haben das bereits getan.

Mit unseren nachfolgenden Einsparanträgen wollen wir nicht nur unsere Anträge mit Mehraufwendungen ausgleichen, sondern das Minus beim Ergebnishaushalt ein wenig erträglicher machen. So haben wir beim Sachkonto „Unterhaltung“ (Nr. 42110000) bei verschiedenen Kostenstellen Ansätze entdeckt, wo aus unserer Sicht eine Realisierung noch nicht zwingend erforderlich ist oder die Höhe des Betrags entweder gar nicht erläutert ist oder in einem deutlichen, rechnerischen Widerspruch zu den Erläuterungen steht. Wir denken da z.B. an den Zaun um die Grundschule Höpfigheim, an den im Vergleich zu den Höpfigheimer Sportplätzen höheren Ansatz für die Kleinbottwarer Sportplätze und an die z.T. recht hohen Beträge für unsere 3 Friedhöfe, wo kein einziger erläutert ist. **So beantragen wir beim Sachkonto „Unterhaltung“ von den insgesamt angesetzten 1.415.100€ pauschal 60.000€ einzusparen.**

Auch beim Sachkonto „Besondere Verwaltungs/Betriebsaufwendungen (Nr. 42710010) haben wir ähnliche „Ungereimtheiten“ festgestellt. Wir denken da z.B. an die (Kosten-) Stelle Bürgerbeteiligung, bei der von den angesetzten 26.500€ nur 11.000€ erläutert werden, an die Bibliothek, bei der es zu den 40.000€ gar keine Erläuterungen gibt, an die Kostenstelle „Organisation und EDV, bei der von den angesetzten 252.000€ nur 212.000€ erläutert werden oder an die Kostenstelle „Grundstücksmanagement“, wo es zu den angesetzten 27.000€ gar keine Erläuterungen gibt. **Wir beantragen, die beim Sachkonto „Besondere Betriebs/Verwaltungsaufwendungen“ insgesamt bereitgestellten 1.525.370€ pauschal um 60.000€ zu reduzieren.**

Ursprünglich wollten wir die Streichung der 5000€ für einen Gemeinderats“ausflug“ beantragen. Uns ist aber versichert worden, dass sich dahinter keine Reise „just for fun“ verbirgt, sondern ein Platzhalter für eine Informationsfahrt zu einem für die städtebauliche Entwicklung Steinheims möglicherweise hochinteressanten Projekt. Das könnten wir uns dann schon vorstellen.

Zuletzt beantragen wir die Reduzierung des Ansatzes für die Unterhaltung der Feld- und Wirtschaftswege um 30.000€. Dann sind wir genau bei dem im Haushaltsplan erläuterten Betrag von 70.000€.

Liebe Steinheimer:innen, werte Kolleg:innen, hochgeschätzte Vertreter:innen der Verwaltung, für uns geht von diesem Haushaltsplanentwurf trotz der finsternen haushaltspolitischen Ausgangslage der Kommunen, trotz der realen Gefährdung unserer Demokratie durch Rechtsextremisten, trotz der Wiederkehr des Imperialismus eine positive Signalwirkung aus: In Steinheim stecken die

Entscheidungsträger ihre Köpfe trotz allem nicht in den Sand, sondern nehmen ihr Herz in die Hand und investieren in die Zukunft unserer Stadt. Zur Wahrheit gehört, dass wir dafür für eine gewisse Zeit unsere Bürgerschaft belasten werden. Wenn wir die Belastungen dabei gerecht verteilen, werden wir es auch zusammen ohne große Verwerfungen schaffen. Das könnte dann doch der erste Schein eines kleinen Lichtleins in unserem eigentlich düsteren Haushaltsszenario sein.

Und weil wir glauben, dass unsere Anträge den Haushalt der Stadt Steinheim zumindest noch ein bisschen besser machen, bitten wir unsere Kolleg:innen, diesen zuzustimmen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Die Anträge der Grünen in der Übersicht

- 1. Wir beantragen die Einführung der einkommensabhängigen Kitagebühren analog dem Markgröninger Modell für das nächste Kindergartenjahr.**
- 2. Wir beantragen die Einrichtung einer Leerstandsbörse für leerstehende Wohnungen.**
- 3. Wir beantragen Mittel in Höhe von 20.000€ in den Haushalt einzusetzen, um die Maßnahme 9 EPAP – Radnetz – weiter umzusetzen.**
- 4. Wir beantragen Mittel in Höhe von 10.000€ in den Haushalt einzustellen, um die Maßnahme 21 EPAP – Prüfung Parkraumbewirtschaftung – umzusetzen.**
- 5. Wir beantragen Mittel in Höhe von 20.000€ im Haushalt bereitzustellen, um die Maßnahme 23 EPAP – Fußverkehr – voranzubringen.**
- 6. Wir beantragen beim Sachkonto „Unterhaltung“ von den insgesamt angesetzten 1.415.100€ pauschal 60.000€ einzusparen.**
- 7. Wir beantragen, die beim Sachkonto „Besondere Betriebs/Verwaltungsaufwendungen“ insgesamt bereitgestellten 1.525.370€ pauschal um 60.000€ zu reduzieren.**
- 8. Wir beantragen die Reduzierung des Ansatzes für die Unterhaltung der Feld- und Wirtschaftswege um 30.000€.**

Die Rede der Grünen zum Haushalt der Stadt Steinheim für das Jahr 2026

Liebe Steinheimer:innen, werte Kolleg:innen, hochgeschätzte Vertreter:innen der Verwaltung,

bei mir klingt DIE zentrale Verheißung des Advents, der ja noch nicht so lange hinter uns liegt, immer noch und immer wieder bei der Bewertung des Haushalts der Stadt Steinheim nach: „Das Volk, das im Dunkel lebt, sieht ein helles Licht; über denen, die im Land der Finsternis wohnen, strahlt ein Licht auf.“ (Jes. 9,1) Und ja, ich würde es so gerne 1:1 auf die Lektüre und Bewertung unseres aktuellen Haushalts übertragen. Einiges – leider nicht alles - lässt sich ganz gut übertragen.

Die kommunalen Verantwortungsträger – Gemeinderäte und Verwaltung – könnte man getrost mit jenem Volk vergleichen, das mit seinem kommunalen Haushalt im Dunkel lebt, ja, das mit seinem kommunalen Haushalt im Land der Finsternis wohnt. Die wesentlichen Eckdaten unseres vorliegenden Haushalts zeichnen sich dadurch aus, dass sie ein bedrohlich dunkles Bild von der aktuellen Haushaltssituation unserer Stadt zeichnen: Die ordentlichen Erträge steigen demnach zwar im kommenden Haushaltsjahr um fast genau 2 Millionen Euro. In vormaligen Haushaltsepochen wäre das ein guter Grund gewesen, sofort die Sektkorken knallen und es mal so richtig krachen zu lassen, sprich einen Wettkampf um die beste Verwendung von 2 Millionen Euro zu eröffnen.

Doch, leider, leider, taugt die für 2026 prognostizierte Verbesserung der ordentlichen Erträge auch in diesem Jahr nicht als das helle, strahlende Licht am Horizont unseres Haushalts. Die bitter-schmerzhaft Wahrheit wird uns in aller Schonungslosigkeit nur zwei Seiten später im Haushaltsplan präsentiert: Unsere Aufwendungen übersteigen unsere Erträge deutlich, in Zahlen: um 2,679 Mio. € - oder anders ausgedrückt: Wir starten mit einem nicht unerheblichen negativen Gesamtergebnis, mit einem deftigen Defizit, mit einem dicken Minus in das Haushaltsjahr 2026. Mit anderen Worten: Unser Haushalt ist nicht ausgeglichen, wie das kommunale Haushaltsrecht uns das eigentlich vorschreibt. Wir tun dies nicht zum ersten Mal – und wenn man in die Finanzplanung schaut, wird das Minus in den nächsten Jahren nicht kleiner, sondern noch größer. Wir sind geneigt zu sagen, dass das Minus im Haushalt das neue Normal wird. In diesem Jahr können wir noch fragen: „By the way ... same procedure as last year?“ Beim Blick auf die Finanzplanung für die nächsten 3 Jahre müssen wir uns

offenbar an die Antwort gewöhnen: „Same procedure as every year.“ Nein, so wie das aussieht, leuchtet uns von daher kein Licht für unseren Haushalt auf. Auch kein kleines Licht am Ende des Tunnels.

Dabei können wir in Steinheim als Gemeinderat und als Verwaltung aus unserer Sicht schon mit Fug und Recht sagen, dass wir unsere Hausaufgaben auch in diesem Jahr nach bestem Wissen und Gewissen gemacht haben. Auch in diesem Jahr haben wir in unzähligen Sitzungen alles daran gesetzt, bei unseren Ausgaben und Aufwendungen alle erdenklichen Einsparpotenziale aufzuspüren und in den Haushalt einzuarbeiten. Wir können sagen, dass da wohl nicht mehr viel geht, dass die Zitrone mehr als ausgepresst ist, dass die Schale – um im Bild zu bleiben – auch nichts mehr hergibt, es sei denn, wir canceln kommunale Einrichtungen, die zwar nicht zu unseren Pflichtaufgaben gehören, die aber für die Lebensqualität ganz unterschiedlicher Schichten unserer Bürgerschaft eine entscheidende, wir sagen eine unverzichtbare, Rolle spielen. Nur beispielhaft nennen wir hier unser Wellarium, unsere Sport- und Spielplätze, unsere Musikschule, unsere Museen. Natürlich müssen wir auch diese Einrichtungen einer strengen Kosten-Nutzen-Analyse unterziehen. Aber für uns Grüne gilt weiterhin: Wir stehen zu diesen Einrichtungen.

Zu unseren Hausaufgaben als Gemeinderäte und Verwaltung gehört aber nicht nur, unsere Ausgaben und Aufwendungen zu disziplinieren, sondern auch, danach zu schauen, ob und wie wir unsere Einnahmen so verbessern, dass das Minus so im Rahmen gehalten werden kann, damit wir am Ende nicht nur unserer Genehmigungsbehörde einen genehmigungsfähigen Haushalt vorweisen können, sondern auch selbst als Stadt Steinheim noch handlungsfähig bleiben. Deshalb haben wir einige Gebühren- und Steuerarten dieser speziellen Situation geschuldet angepasst, also erhöht. Das ist die deutlich schwierigere Übung, denn mit höheren Gebühren und Steuern kann man sich keine Freunde machen. Deshalb war uns Grünen wichtig, dass diese sozialverträglich sind und keine Gruppe grundsätzlich von diesem Prozess ausgenommen wird. Dann kann man zumindest auf ein gewisses Verständnis, auf eine gewisse Akzeptanz in der Bürgerschaft hoffen. Von daher war es für uns Grüne völlig unverständlich, dass die Mehrheit des Gemeinderats der maßvollen Anpassung der Gewerbesteuer im November letzten Jahres ihre Zustimmung verweigert hat. Es hätte uns ein Mehr an Handlungsoptionen von ca. 180.000€ und den 409 Gewerbesteuerpflichtigen eine rechnerisch durchschnittliche Mehrbelastung von 440 € pro Jahr gebracht, was für uns alles in allem vertretbar und auch verkraftbar erschien. Uns fehlt das Verständnis, nicht die Phantasie, warum diese Gruppe keinen Beitrag für eine verbesserte Handlungsfähigkeit unserer Stadt aufbringen sollte, andere Gruppen dagegen aber schon. Einfach unverständlich. Immer noch.

Am Ende aller Anstrengungen, die Ausgaben auf das Nötigste zu drosseln und die Einnahmen zu verbessern, steht kein Plus, keine schwarze Null, sondern das schon bekannte und vielzitierte dicke Minus von 2,679 Mio. € beim Gesamtergebnis. Das können und wollen wir nicht schönreden. Nein, das ist nicht schön, das ist nicht gut, das ist im Grunde auch nicht gesetzeskonform. Und trotzdem können wir so einigermaßen mit unseren Anstrengungen zufrieden sein, denn am Ende kommt es darauf an, dass wir damit auch nachweisen können, vieles oder sogar alles Erdenkliche dafür getan zu haben, dass unser Haushalt 2026 vor den gestrengen Augen der Kommunalaufsicht bestehen kann und für genehmigungsfähig erachtet wird.

Und natürlich ist Steinheim mit dieser Haushaltsmisere auch nicht das einzige schwarze Schaf in der kommunalen Familie. Diese besteht – in diesem Bild gesprochen – inzwischen ja sowieso fast ohnehin nur noch aus schwarzen Schafen. In anderen Worten: Um die 90 % aller Kommunen in Baden-Württemberg sind schon im letzten Jahr mit einem Haushaltsdefizit ins Haushaltsjahr gestartet. Aktuellere Zahlen haben wir noch nicht gefunden. Aber man muss auch kein großer Prophet für die Vermutung sein, dass sich die Haushaltsmisere bei den Kommunen allgemein noch verschärft hat, die Zahl der schwarzen Schafe eher noch zugenommen hat.

Diese Misere hat im Wesentlichen ihre Ursache nicht in einer flächendeckenden Unfähigkeit der kommunalen Entscheidungsträger beim Umgang mit ihren Finanzen, sondern darin, dass die aktuellen Finanzbeziehungen bzw. Finanzströme so strukturiert sind, dass die Letzten – in dem Fall die kommunale Familie, also Gemeinden und Landkreise – die Hunde beißen. Letztendlich landen die Kostensteigerungen etwa im Sozialbereich, beim Bundesteilhabegesetz, bei den Kliniken, bei der Abfallbeseitigung – um nur einige wenige Beispiele zu nennen – über bestimmte Umlagen auch bei uns, – bei den Landkreisen und den Gemeinden. Bevor sich an dieser strukturellen Schiefelage nichts ändert, wird sich an der Haushaltsmisere der kommunalen Familie nichts ändern, auch unser Anteil am Sondervermögen des Bundes für Infrastruktur und Klimaneutralität in Höhe von insgesamt 7,899 Mio. € für die nächsten zwölf Jahre nicht, denn den können wir ja ausschließlich für neue Investitionen einsetzen. Mit allen kommunalen Spitzenverbänden stimmen wir in der Forderung nach einer kommunalgerechten Umstrukturierung der Finanzbeziehungen in unserem Staat und der Einführung eines 100-%igen Konnexitätsprinzips überein. Wer bestellt, der bezahlt, das darf nicht nur zum Teil, das muss komplett umgesetzt werden. Wir nennen ein wichtiges Beispiel: Wer einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule zum

Gesetz macht, soll auch für die Kosten aufkommen. Und zwar für alle. Kaputte Kommunen sind ein Bärenienst für unsere Demokratie.

Der Haushalt 2026 hat aber nicht nur eine bittere, eine strenge Diät anzubieten, sondern ganz im Gegenteil auch ein sehr anspruchsvolles Investitionsmenü. Wir werden für dieses Jahr und für kommende Jahre eigentlich ungeheuer große Summen bereitstellen, sei es für den Neubau des Rathauses, für die Sanierung des historischen Rathauses, für das Lammareal, für die Umwandlung unserer Kelter in ein Kulturzentrum und noch viel mehr für die notwendige Weiterentwicklung unserer hiesigen Bildungslandschaft. Eigentlich atemberaubend hohe Summen für Steinheim. Auch wenn unsere Verwaltung eine enorme Kreativität entwickelt hat, spezielle, passende Fördertöpfe ausfindig zu machen: Eine ganze Menge bleibt bei uns hängen. Und zwar so, dass wir mit all den Krediten, die wir dafür aufnehmen müssen, im Jahr 2029 prognostizierte Zinsbelastungen von über 1,3 Mio. € und Tilgungslasten von über 1,4 Mio. € aufbringen müssen. Es könnte einem dabei schwindelig werden.

Wir sind uns unserer Verantwortung für Steinheim bewusst. Wir wollen, nein, wir müssen in die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt investieren und können damit nicht warten, bis die wirtschaftlichen Zeiten für uns Kommunen besser werden. Der Blick auch in unsere Finanzplanung sagt: Das werden sie auf absehbare Zeit nicht. Wir können mit den geplanten Neu- oder Umbauprojekten nicht warten, bis uns z. B. die Blankensteinhalle buchstäblich auseinanderfällt oder bis uns unsere Schullandschaft aus allen Nähten platzt. Da sind wir ja sowieso mehr oder weniger kurz davor. Nein, jetzt ist die Zeit, zu handeln. Ja, das werden haushaltspolitisch die anstrengendsten, die herausforderndsten Jahre unserer Amtszeit. Aber ich habe die Zuversicht, so wie ich uns alle kennengelernt habe, dass wir diese Herkulesarbeit zusammen hinbekommen werden, zum Wohl unserer Stadt.

Obwohl wir als Gemeinderat in Baden-Württemberg im juristischen Sinne kein Parlament sind, sondern – warum auch immer – rechtlich zur Exekutive gezählt werden, werden wir dennoch heute das Königsrecht aller Parlamente, nämlich das Budgetrecht, ausüben. Der Gemeinderat berät und beschließt den Haushalt. Für uns Grüne heißt das, wir werden Anträge zum Haushalt einbringen, die nach unserer Überzeugung den Haushalt der Stadt Steinheim noch besser oder noch stabiler machen. Genau dafür wurden wir als Gemeinderäte gewählt.

Mit unserem ersten Antrag wollen wir unseren Haushalt sozialpolitisch besser und gerechter machen. In den letzten Monaten wurde die sogenannte „Sozialstaffelung“ der Elternbeiträge bei den Kitagebühren vielfach bei uns und mit großem Engagement in der Elternschaft diskutiert. Grundsätzlich verlangt der § 90 Abs. 3 SGB VIII eine Staffelung der Elternbeiträge. Die Verwaltung

legte uns im November eine Staffelung zum Beschluss vor, die am bisherigen System der Staffelung nach kindergeldberechtigten Kindern festhielt, aber nur noch die kindergeldberechtigten Kinder einbeziehen sollte, die in städtischen Einrichtungen betreut werden, und die Spalte 4 canceln sollte, was zusammengenommen auch nebenbei zu 210.000€ Mehreinnahmen für die Stadt führen sollte. Es wurde damals noch kein Beschluss gefasst.

Damals wie heute wollen wir Grünen das, was wir seit unserem erstmaligen Einzug in den Steinheimer Gemeinderat wollen, nämlich ein komplett anderes System bei der sogenannten „Sozialstaffelung“. In dem oben genannten Paragraphen des SGB VIII heißt es wörtlich u. a.: „Als Kriterien für die Staffelung können insbesondere das Einkommen der Eltern, die Anzahl der kindergeldberechtigten Kinder in der Familie und die tägliche Betreuungszeit des Kindes berücksichtigt werden ... Darüber hinaus können weitere Kriterien berücksichtigt werden“. Es war und ist hier in dieser Runde kein großes Geheimnis, für welches Staffelungskriterium wir Grüne uns (wie gesagt schon immer) entschieden haben und welches wir hiermit auch beantragen: Die Staffelung der Kostenbeiträge nach dem Einkommen der Eltern. Auf einen Nenner gebracht heißt das: Wer über ein großes Familieneinkommen verfügt, soll einen höheren Kostenbeitrag entrichten und der, der über ein geringes Familieneinkommen verfügt, einen niedrigeren. Das halten wir Grüne für die beste Sozialstaffel, weil sie den unterschiedlichen Vermögen am gerechtesten wird. Deshalb beantragen wir heute diesen Systemwechsel.

Immer wieder wurde uns gesagt, dass das schön und gut ist, aber nirgends richtig funktioniert. Stimmt nicht. Die Schäferstadt Markgröningen zeigt uns, dass das und wie das funktioniert. Sie hat für die Ermittlung der Kostenbeiträge das Bruttofamilieneinkommen in 5 Kategorien eingeteilt. Dazu führen sie bei den Eltern eine Einkommensabfrage durch, bei der die Eltern einen echten, schriftlichen Nachweis vorlegen müssen. Dieses Markgröninger Modell basiert auf echten Fakten, nicht auf einer Selbsteinschätzung. Wer also eine Ermäßigungsstufe haben will, muss entweder eine Lohnbescheinigung, einen Einkommensbescheid oder einen Nachweis für den Bezug von Wohngeld, Bürgergeld, Grundsicherung oder Ähnlichem mit einreichen. Zusätzlich gibt es eine weitere Staffelung nach der Zahl der kindergeldberechtigten Kinder. Das kann man gerne auch alles auf der Homepage von Markgröningen nachschauen. Wir haben uns zusätzlich auch noch direkt telefonisch bei den dortigen Verantwortlichen informiert. Einen gewissen verwaltungstechnischen Mehraufwand, vor allem in der Umstellungsphase, stellen wir nicht in Abrede. Entscheidend ist, ob man es will oder nicht. Wir Grünen wollen es. **Weil also für uns die einkommensabhängige Sozialstaffel die sozialste und gerechteste Staffel ist und - wie Markgröningen zeigt - auch machbar für eine**

vergleichsweise ähnlich aufgestellte Verwaltung ist, beantragen wir, diese für das nächste Kindergartenjahr in Steinheim einzuführen. Sie sollte so ausgestaltet werden, dass sie für unseren Haushalt in etwa denselben Deckungsgrad erreicht wie die uns im November von der Verwaltung vorgelegte Staffel.

Bei jeder Haushaltsdebatte haben wir Grünen in den letzten Jahren das Defizit an bezahlbarem Wohnraum thematisiert. Für den Landkreis Ludwigsburg hat das Pestel-Institut ein Gesamtwohnungsdefizit von 8800 Wohnungen festgestellt. Für Steinheim würde das – unsere Einwohnerzahl mit der des Landkreises ins Verhältnis gesetzt – 202 Wohnungen ergeben. Kein Wunder, dass Wohnen in unserem Land, aber auch in unserer Stadt, immer mehr zu einem Luxusgut wird. Hier entwickelt sich ein sozialer Sprengstoff, den wir nicht ignorieren dürfen. Der Markt wird es nicht richten, nicht von allein. So viel ist klar. Die öffentliche Hand war viel zu lange passiv oder hat zu lange mit ineffektiven Instrumenten operiert. Wir sind als Stadt Steinheim ein Teil der öffentlichen Hand und haben eine Verantwortung für die Daseinsvorsorge. Für unsere Stadt sehen wir momentan zwei Möglichkeiten. Wir können erstens überall da, wo wir auf unseren eigenen Grundstücken keinen privaten Bauträger für bezahlbaren Wohnraum finden, die Expertise und die Kooperation mit der landkreisweiten Bürgergenossenschaft Wohnen suchen. Und wir können zweitens, wie es uns andere Kommunen wie z. B. Immendingen schon erfolgreich vormachen, eine sogenannte städtische Leerstandsbörse aufbauen, auf der Vermieter ihre leerstehende Wohnung einstellen können und Mieter sich nach einer geeigneten Wohnung umschauen können. Eine solche Leerstandsbörse könnte den Wohnungsdruck in Steinheim abmildern. Im Landkreis Ludwigsburg stehen laut Pestel-Institut insgesamt 5.500 Wohnungen seit über einem Jahr leer. Auf Steinheim übertragen wären das rechnerisch über 100 Wohnungen. **Um dieses Potenzial anzugehen, beantragen wir den Aufbau einer solchen Leerstandsbörse.**

Steinheim ist beim Klimaschutz eine ziemlich standhafte Gemeinde. Klimaschutz ist kein Luxus, Klimaschutz schützt Leben und Gesundheit. Kein Klimaschutz bedroht Leben und Gesundheit. Wir können Teil der Lösung oder Teil des Problems sein. Steinheims Entscheidung dabei steht: Wir haben uns politisch das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2035 klimaneutral zu werden. Und wir tun eine ganze Menge dafür, um dieses Ziel tatsächlich auch zu erreichen, sei es mit dem Aufbau und der Weiterentwicklung des kommunalen Wärmenetzes, sei es mit der kommunalen Wärmeplanung oder mit unserem „Energiepolitischen Arbeitsprogramm“.

Unser aktuelles „Energiepolitisches Arbeitsprogramm“ hat eine Laufzeit bis zum Jahr 2028. Mit den darin enthaltenen 38 konkreten Maßnahmen wollen wir unserem großen Ziel – Steinheim klimaneutral – in dieser Zeit ein gutes Stück näher kommen. Mit unseren nachfolgenden Anträgen wollen wir Grüne unseren Haushalt noch ökologischer machen und manche Maßnahmen des „Energiepolitischen Arbeitsprogramms“, die in diesem Haushalt noch nicht adäquat abgebildet sind, ins Bewusstsein zurückrufen und sie somit voranbringen.

Wir beantragen, Mittel in Höhe von 20.000 € in den Haushalt einzusetzen, um die Maßnahme 9 – Radnetz – weiter umzusetzen. Damit könnten wir z. B. die Sicherheitslücke für die Radfahrer, die aus Richtung Murr/Kaufland kommen und am Wellarium die Höpfigheimer Straße überqueren, schließen.

Wir beantragen, Mittel in Höhe von 10.000 € in den Haushalt einzustellen, um die Maßnahme 21 – Prüfung Parkraumbewirtschaftung – umzusetzen.

Wir beantragen, Mittel in Höhe von 20.000 € im Haushalt bereitzustellen, um die Maßnahme 23 – Fußverkehr – voranzubringen. In diesem Zusammenhang erlauben wir uns die Anmerkung, dass unser Fußwegenetz noch nicht durchgängig barrierefrei ist.

Äußerst gespannt sind wir darauf, wie sich die Maßnahme 24 – Begleitung Bottwartalbahn – entwickelt. Da soll ja eigentlich bis April die „Standardisierte Bewertung“ vorliegen. Wir gehen fest davon aus, dass sie positiv ausfallen wird und möglicherweise noch in diesem Jahr Mittel für weitere Planungen benötigt werden. Da haben wir aber nichts im Entwurf des Haushaltsplans gefunden ...

Mit unseren Anträgen, die tatsächlich bisher einen gewissen zusätzlichen Aufwand bedeuten, wollen wir, wie sie es von uns seit vielen Jahren kennen, das veranschlagte Gesamtergebnis nicht noch weiter verschlechtern. Wir haben nach weiteren Einnahmeverbesserungen und nach weiteren Einsparungen bei unseren Aufwendungen gesucht und sind tatsächlich auch fündig geworden. Wir erwarten von der Verwaltung, dass sie zum Ende dieses Jahres einen neuen Anlauf nimmt zu einer, wie bereits im November vorgeschlagen, moderaten Anhebung der Gewerbesteuer sowie zu einer Verbesserung der Einnahmen aus der Vergnügungssteuer, die z. B. auf die Einnahmen aus gewerblichen Geldspielgeräten fällig wird. Die wurde im vergangenen November kurioserweise ganz außen vorgelassen. Dann erwarten wir im Laufe des Jahres auch eine Vorlage zur Einführung der Grundsteuer C. Diese kann von den Kommunen seit dem 1.1.2025 auf unbebaute, aber baureife Grundstücke erhoben werden, mit deutlich höheren Sätzen als bei der Grundsteuer B. Das Ziel der Grundsteuer C liegt eigentlich in ihrer Vermeidung, also darin einen

Anreiz zur Bebauung des Grundstücks zu entfalten. Wenn das gelingt, ist das gut für die Schaffung neuen Wohnraums ohne weitere großflächige Versiegelung. Wenn es nicht gelingt, ergeben sich dadurch höhere Einnahmen für unseren Haushalt. Wir wären nicht die ersten, die das einführen. Tübingen, Wendlingen und Merdingen haben das bereits getan.

Mit unseren nachfolgenden Einsparanträgen wollen wir nicht nur unsere Anträge mit Mehraufwendungen ausgleichen, sondern das Minus beim Ergebnishaushalt ein wenig erträglicher machen. So haben wir beim Sachkonto „Unterhaltung“ (Nr. 42110000) bei verschiedenen Kostenstellen Ansätze entdeckt, wo aus unserer Sicht eine Realisierung noch nicht zwingend erforderlich ist oder die Höhe des Betrags entweder gar nicht erläutert ist oder in einem deutlichen rechnerischen Widerspruch zu den Erläuterungen steht. Wir denken da z. B. an den Zaun um die Grundschule Höpfigheim, an den im Vergleich zu den Höpfigheimer Sportplätzen höheren Ansatz für die Kleinbottwarer Sportplätze und an die z. T. recht hohen Beträge für unsere 3 Friedhöfe, wo kein einziger erläutert ist. **So beantragen wir beim Sachkonto „Unterhaltung“, von den insgesamt angesetzten 1.415.100 €, pauschal 60.000 € einzusparen.**

Auch beim Sachkonto „Besondere Verwaltungs-/Betriebsaufwendungen (Nr. 42710010)“ haben wir ähnliche „Ungereimtheiten“ festgestellt. Wir denken da z. B. an die (Kosten-) Stelle Bürgerbeteiligung, bei der von den angesetzten 26.500 € nur 11.000 € erläutert werden, an die Bibliothek, bei der es zu den 40.000 € gar keine Erläuterungen gibt, an die Kostenstelle „Organisation und EDV, bei der von den angesetzten 252.000€ nur 212.000€ erläutert werden, oder an die Kostenstelle „Grundstücksmanagement“, wo es zu den angesetzten 27.000€ gar keine Erläuterungen gibt. **Wir beantragen, die beim Sachkonto „Besondere Betriebs-/Verwaltungsaufwendungen“ insgesamt bereitgestellten 1.525.370 € pauschal um 60.000 € zu reduzieren.**

Ursprünglich wollten wir die Streichung der 5000 € für einen Gemeinderats“ausflug“ beantragen. Uns ist aber versichert worden, dass sich dahinter keine Reise „just for fun“ verbirgt, sondern ein Platzhalter für eine Informationsfahrt zu einem für die städtebauliche Entwicklung Steinheims möglicherweise hochinteressanten Projekt. Das könnten wir uns dann schon vorstellen.

Zuletzt beantragen wir die Reduzierung des Ansatzes für die Unterhaltung der Feld- und Wirtschaftswege um 30.000 €. Dann sind wir genau bei dem im Haushaltsplan erläuterten Betrag von 70.000 €.

Liebe Steinheimer:innen, werte Kolleg:innen, hochgeschätzte Vertreter:innen der Verwaltung, für uns geht von diesem Haushaltsplanentwurf trotz der

finsternen haushaltspolitischen Ausgangslage der Kommunen, trotz der realen Gefährdung unserer Demokratie durch Rechtsextremisten, trotz der Wiederkehr des Imperialismus eine positive Signalwirkung aus: In Steinheim stecken die Entscheidungsträger ihre Köpfe trotz allem nicht in den Sand, sondern nehmen ihr Herz in die Hand und investieren in die Zukunft unserer Stadt. Zur Wahrheit gehört, dass wir dafür für eine gewisse Zeit unsere Bürgerschaft belasten werden. Wenn wir die Belastungen dabei gerecht verteilen, werden wir es auch zusammen ohne große Verwerfungen schaffen. Das könnte dann doch der erste Schein eines kleinen Lichtleins in unserem eigentlich düsteren Haushaltsszenario sein.

Und weil wir glauben, dass unsere Anträge den Haushalt der Stadt Steinheim zumindest noch ein bisschen besser machen, bitten wir unsere Kolleg:innen, diesen zuzustimmen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

